TOP 3.4.6 Workshop zur Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt"

Wien wächst seit der Jahrtausendwende stark und übertrifft Jahr für Jahr die eigenen Prognosen – schon bald zählt Wien mehr als 2 Millionen EinwohnerInnen. Die wachsende Stadt ist mit vielen Herausforderungen in sämtlichen kommunalpolitischen Aufgabenbereichen konfrontiert.
Vor diesem und anderen strukturellen Hintergründen hat die Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien die Projekthaus GmbH mit der **Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt"** beauftragt und ist so der Frage nachgegangen, ob die bestehenden Organisationseinheiten der wachsenden Stadt geeignet sind,

- die Herausforderungen des Wachstums sozialverträglich zu bewältigen,
- sicherzustellen, dass dabei die verschiedenen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche in der Stadtentwicklung zueinander passen,
- Maßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung auch zentral entscheiden zu können und gleichzeitig strukturelle Unterschiede der verschiedenen Stadtteile und Bezirke ausreichend zu berücksichtigen,
- gesamtstädtisches öffentliches Interesse und lokale Befindlichkeiten in Einklang zu bringen.

Im Rahmen der Studie wurden eine Analyse der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Gesamtstadt und Bezirken, und der Bezirksbudgets und eine Auswertung von sozio-demografischen Indikatoren, die die gegebenen Strukturen der Stadt bzw der Bezirke abbilden, durchgeführt. Ergänzt wurde dieser Teil um Interviews mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung der Stadt bzw der Bezirke um Erfahrungen aus der Praxis einzuholen, Einschätzungen zu bestehenden Strukturen und Abläufen zu erhalten, sowie Verbesserungs- bzw Veränderungspotenziale zu identifizieren. Abgerundet wurde der Analyseteil durch Recherchen und Auseinandersetzungen mit den Verwaltungsstrukturen und –abläufen in verschiedenen europäischen Städten wie Berlin, Brüssel, Hamburg, München, Zürich und Stockholm. Diese internationalen Beispiele sollten mögliche Referenzpositionen sichtbar machen und so das Spektrum möglicher Handlungsoptionen exemplarisch aufspannen. **Abschließend wurden Thesen formuliert und zur Diskussion** gestellt, welche Aspekte eine optimierte Kompetenzaufteilung zwischen den Ebenen Zentralverwaltung und Bezirken berücksichtigen.

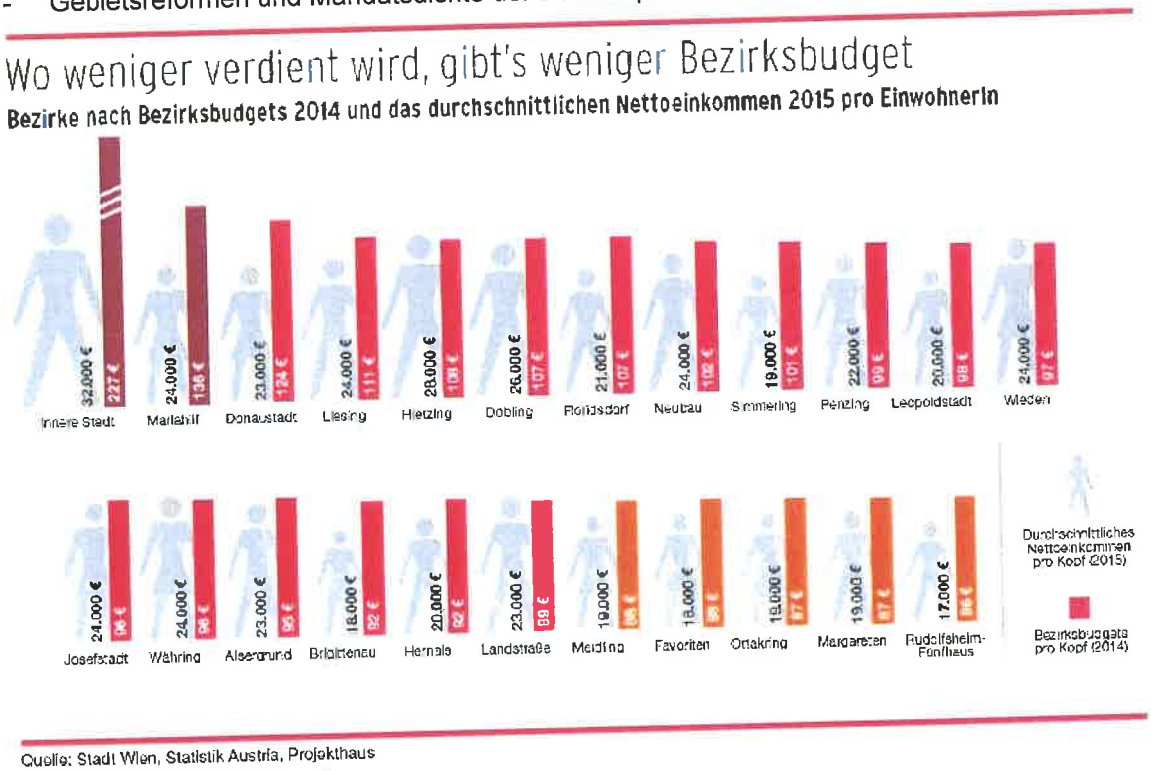
Die Studie wurde im Rahmen einer Pressekonferenz am 21. April vorgestellt und veröffentlicht. Am Tag darauf fand der **Workshop zur inhaltlichen Diskussion** statt, zu dem VertreterInnen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, ExpertInnen, Institutionen, und kritische QuerdenkerInnen aus der Zivilgesellschaft geladen waren.

Die Studie traf nicht nur auf große mediale Resonanz sondern stieß darüberhinausgehend auf großes Interesse.

Ergebnisüberblick Studie
Die Bezirke wurden ab den 1970er Jahren in einer Phase der stagnierenden Stadtentwicklung durch die Dezentralisierung gestärkt. Vor dem Hintergrund der nun völlig veränderten Situation, nämlich einer sehr dynamischen Stadtentwicklung, stellt sich die Frage, was das wachsende Wien, die Gesamtstadt und ihre Bezirke an Strukturen, Kompetenzen oder auch Budgets brauchen, um die Aufgaben zukunftsgerichtet und sozial erfüllen zu können.

Als Ergebnis der Studie wurden von den AutorInnen 11 Thesen zur Stellung und Entwicklung der Bezirke formuliert, die sich unter folgenden Schwerpunkten zusammenfassen lassen:

- **Bestandsaufnahme und kritische Reflexion der Dezentralisierung**
  - Ziel der Dezentralisierung war Bestandspflege und Bürokratieabbau
  - Rolle der BezirksvertreterInnen ist ambivalent, ihre „Macht" informell begründet
  - Politische Repräsentanz: Bezirke werden ungleich gewichtet
  - Politische Repräsentanz hat Einfluss auf Themensetting
- **Die Bezirke – unterschiedliche Lebenswelten**
  - Bezirksentwicklung betrifft auch Arbeitsbevölkerung
  - Die soziale Dimension kommt bei Bezirksaufgaben- und Budgets zu kurz
  - Bezirke verstärken tendenziell populistische Positionen und behindern tendenziell die aus übergeordneter Sicht erforderlichen Maßnahmen der Stadtentwicklung
- **Dynamik der Stadtentwicklung braucht neue Strukturen**
  - Bezirksstrukturen und Kompetenzen weiter entwickeln
  - Aufgaben und Budgetierung überprüfen
  - Qualifikationsoffensive und Professionalisierung des kommunalpolitischen Engagements
  - Gebietsreformen und Mandatsdichte der Bezirke prüfen



Quelle: Stadt Wien, Statistik Austria, Projekthaus

Workshop

Rund 30 Personen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, ExpertInnen, Institutionen, und Zivilgesellschaft nahmen am 3-stündigen Workshop, im Rahmen dessen die StudienautorInnen die Studie „Wien Neu – passende Strukturen für die wachsende Stadt" vorstellten, teil.

Studieninhalte trafen weitgehend auf Zustimmung und wurden in der Diskussion weiter vertieft bzw ergänzt. In der Diskussion zeichneten sich folgende Themenschwerpunkte ab:

Bezirksbudget

- Eine aufgabenorientierte Budgetaufteilung wird als sinnvoll erachtet
- Soziale Dimension bei Bezirksaufgaben berücksichtigen; in anderen Städten sind große Budgetanteile für Soziales und Kultur im Bezirksbudget verankert. Für soziokulturelle Fragen und der Bezirkskultur ist es wichtig, ob es (schnell) Geld für Initiativen gibt

Kompetenzen Bezirk – Gesamtstadt

- Dilemma zwischen funktionalen und administrativen Strukturen der Stadt/Region wird artikuliert
- Schwierigkeit zwischen gesamtstädtischen Zielsetzungen und lokalen Befindlichkeiten/Interessen wird als große Herausforderung gesehen
- Lokales Know-How seitens der Bezirke wichtig, aber Entlastung der Bezirke bei zentralen Aufgaben: diese sollen nicht auf die Bezirke überwälzt werden zB Parkraumbewirtschaftung
- Gleichzeitig wird eine mögliche Verteilung der Budgetkompetenzen auf einzelnen Ressorts kritisch gesehen, da diese dann autonom agieren können. Bezirke kämen in eine Bittstellersituation, damit etwas im Bezirk tatsächlich passiert, stark von Ressortleitung abhängig; daher sinnvoll Dienstleistungscharakter des Magistrats auszubauen
- Identifikation liegt im Grätzl, Stadtteilarbeit und –politik wichtig um Politisierung der Gesellschaft zu fördern

MandatarInnen/Bezirk

- Eine mögliche Änderung der Anzahl der MandatarInnen in den Bezirken wird kritisch gesehen, da eine Reduktion der Anzahl von MandatarInnen im kleinen Bezirk eine erhebliche Veränderung der politischen Repräsentanz im Bezirk bedeuten würde - auf kleine Parteien würden nur mehr 1-1,5 MandatarInnen entfallen; eine Verschiebung der Anzahl von MandatarInnen nach unterschiedlicher Bezirksgröße bringt nicht automatisch einen positiven Effekt; die tatsächliche politische Arbeit ist wichtig; diese Dinge sind oftmals historisch gewachsen.

- Die Qualifizierungsoffensive stößt auf positive Resonanz: einerseits wird hier ein Diskurs/Weiterbildung und das Aufbauen von Know-How über gesamträumliche Zusammenhänge gefordert (wie bspw in Oslo oder Göteborg), andererseits fällt die Forderung nach kommunikativem Rüstzeugs für BezirkspolitikerInnen, um die BürgerInnen gut informieren und beteiligen zu können, insbesondere für Entwicklungen im Bezirk mit gesamtstädtischer Wirkung. Eine effizientere Einbindung der Bevölkerung mit geschulten und vertrauenswürdigen Personen aus der politischen Ebene wird des Öfteren genannt. Für Bezirke mit dynamischer Stadtentwicklung und großer Bauvorhaben ist es sinnvoll, wenn sich zumindest 3 MandatarInnen in allen Details auskennen, um für die Verhandlungen gerüstet zu sein. Hier ist großes Know-How notwendig.

Eingebrachte Ergänzungen:

- Wahlrecht: Personen, die in Wien leben und arbeiten sollten auch wählen dürfen
- Einführung von Bezirksentwicklungsplanung

Einschätzung AK

Die vorliegende Studie ist ein erster Beitrag der AK zu einem zu führenden **Diskussionsprozesses**, der die Handlungsfähigkeit der wachsenden Stadt für ihre ArbeitnehmerInnen und BewohnerInnen stärken soll. Die mediale und darüberhinausgehende Resonanz auf die Studieninhalte zeigt die aktuellen Herausforderungen und Dringlichkeit der Themen auf. Aus Sicht der AK Wien ist es daher sinnvoll die Diskussion weiter voranzutreiben. Weitere Präsentations- und Diskussionstermine sind bereits avisiert.